

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche wurde uns der Jahreswirtschaftsbericht die Bundesregierung vorgelegt. Er bietet eine schonungslose Analyse der wirtschaftlichen Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, zeigt aber auch die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen auf, um der Krise wirksam zu begegnen.

Mit minus 5 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Zwar ist seit dem zweiten Halbjahr 2009 wieder ein moderates Wachstum zu verzeichnen, ein kräftiger und selbsttragender Aufschwung ist jedoch noch nicht in Sicht.

Die Wirtschaftspolitik steht in dieser Situation vor drei zentralen Aufgaben: Sie muss kurzfristig die Wirtschaft weiter stabilisieren, mittelfristig die Wachstumschancen erweitern und in den nächsten Jahren die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte bewältigen. Dafür liefert der Koalitionsvertrag die Orientierung.

Dem ersten dieser Ziele dienen die im Wachstumsbeschleunigungspaket beschlossenen Entlastungsmaßnahmen für Bürger und Unternehmen, die Kaufkraft und Investitionsmöglichkeiten zu stärken. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Im Rahmen der geplanten Steuerreform werden wir insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlasten.

Parallel zu den Entlastungen werden wir mit strukturellen Reformen die längerfristigen Wachstumsspielräume erweitern. Dies betrifft vor allem die Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Zukunftstechnologien.

Die christlich-liberale Bundesregierung bekennt sich zur Schuldenbremse des Grundgesetzes. Um auch langfristig politisch handlungsfähig zu sein, müssen wir den Staatshaushalt sanieren und das strukturelle Defizit abbauen. Das wird uns am

besten durch einen konsequenten Wachstumskurs bei gleichzeitig engagierter Konsolidierungspolitik gelingen. Die christlich-liberale Bundesregierung steht zu dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel, Deutschland gestärkt aus der Krise zu führen. Zu diesem Zweck müssen wir die Krise überwinden und gleichzeitig die Wirtschaftskraft unseres Landes durch Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Haushaltspolitik erneuern.

Afghanistan – Übergabe in Verantwortung

Einen Tag vor Beginn der Afghanistan-Konferenz in London zog Bundeskanzlerin Angela Merkel am vergangenen Mittwoch in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag eine gemischte Bilanz des bisherigen Einsatzes. "Es gab manche Fortschritte, aber zu viele Rückschläge", betonte die Bundeskanzlerin. Der Einsatz der Bundeswehr "war und ist im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes". Es gehe darum, dem internationalen Terrorismus die Rückkehr an seine wichtigste Heimstatt zu verwehren. Die internationale Staatengemeinschaft habe ihre Ziele in Afghanistan noch nicht erreicht, bekräftigte Merkel. Deshalb hätten Deutschland, Frankreich und Großbritannien im September 2009 die Initiative zu einer internationalen Afghanistan-Konferenz ergriffen. Beraten werde über die Frage, wie die Verantwortung für Sicherheit und Stabilität im Land Schritt für Schritt in die Hände der Afghanen gelegt werden könne. In London gehe es also um eine Strategie der Übergabe in Verantwortung an Afghanistan. Der Schutz der afghanischen Bevölkerung soll dabei nach deutschem Willen noch mehr im Mittelpunkt stehen als bisher. Die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte soll noch verstärkt werden. Dazu will die Bundesregierung 500 Soldaten zusätzlich nach Afghanistan entsenden. Weitere 350 Soldaten bildeten eine "flexible Reserve", um auf besondere Situationen reagieren zu können. Auch die Zahl der Polizeiausbilder soll von 123 auf 200 erhöht werden. Bei seinem schon heute beachtlichen Einsatz will sich Deutschland weiterhin auf den

Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

29.01.2010

Norden des Landes konzentrieren. Die Mittel für den zivilen Wiederaufbau sollen von 230 auf 430 Millionen Euro steigen, also nahezu verdoppelt werden, kündigte Merkel an. Mit einer klaren Zielsetzung: eine bessere Infrastruktur für das Land, kompetente Sicherheitskräfte und mehr Kinder in die Schulen. Gemeinsam mit der afghanischen Regierung will die Bundesregierung zudem den innerafghanischen Versöhnungsprozess unterstützen. Gemäßigte Taliban-Kämpfer, die vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen kämpfen, sollen für die Gemeinschaft zurückgewonnen werden: etwa mit Ausbildung und mit Beschäftigung als Bau- und Landarbeiter in Infrastrukturprojekten. Für dieses Re-Integrationsprogramm sind insgesamt rund 350 Millionen Euro vorgesehen. 50 Millionen davon will Deutschland in den nächsten fünf Jahren übernehmen.

Erneut sprach sich die Kanzlerin gegen ein festes Abzugs-Datum aus. Zugleich äußerte sie die Hoffnung, dass im ersten Halbjahr 2011 erste Distrikte der Nordregion, wo Deutschland die Verantwortung trägt, an die afghanischen Behörden übergeben werden könnten. "Im zweiten Halbjahr könnte dann gegebenenfalls der Gesamtumfang unserer Truppen reduziert werden". Ausdrücklich begrüßte Merkel das Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 im ganzen Land die Sicherheitsverantwortung übernehmen zu wollen.

Ebenfalls am Mittwoch war der afghanische Präsident Hamid Karzai zu Gast in Berlin. Neben einem Treffen mit der Bundesregierung besuchte er auch den Auswärtigen Ausschuss. Die Vertreter von CDU und CSU drangen ihm gegenüber darauf, dass der Kampf gegen die Korruption zu einem vordringlichen Ziel werden müsse. Besonders mit Blick auf die in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen sei es wichtig, die Strukturen von Regierung und Verwaltung zu verbessern. Die Akzeptanz des afghanischen Staates hänge entscheidend von einer verbesserten Sicherheitslage und von einer funktionierenden Regierung ab, betonten die Unionsvertreter.

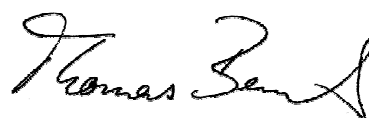
Erinnerung an den Holocaust wach halten

Die Vernichtung der europäischen Juden, die mehr als sechs Millionen Menschen das Leben kostete, ist der schlimmste Massenmord in der Geschichte. Innerhalb weniger Jahre wurde die jahrhundertealte Tradition jüdischen Lebens in Europa zerstört. Der Holocaust ist das dunkelste Kapitel unserer Geschichte. Der millionenfache Völkermord verpflichtet uns: Wir müssen die Erinnerung daran wach halten, damit sich derartiges nie wiederholen kann.

Aus Anlass des 65. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz wurde am 27. Januar 1945 im Bundestag eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Redner waren Bundestagspräsident Norbert Lammert, der israelische Staatspräsident Shimon Peres und Prof. Dr. Felix Tych, Zeitzeuge und ehemaliger Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau. In seiner Rede wies Dr. Tych auch auf Pogrome in Polen, Ungarn und der Slowakei hin, die nach dem Zweiten Weltkrieg stattfanden und in denen Überlebende des Holocausts zu verspäteten Opfern wurden. Er setzt sich stark für eine integrierte Sichtweise auf den Holocaust ein, in der auch die Nachkriegsfolgen miteinbezogen werden. Aus diesem Grund hat Dr. Tych am Jüdischen Historischen Institut Warschau ein interdisziplinäres Forschungsprojekt begonnen, welches noch in diesem Jahr seine Ergebnisse veröffentlichen wird.

Wir bekennen uns zur historischen Verantwortung Deutschlands. Das Andenken der Ermordeten mahnt uns zur Wachsamkeit gegen Diskriminierung und gegen alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterminieren. Politischer Extremismus darf in Deutschland nie wieder eine Chance bekommen. Herzliche Grüße

Ihr



Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

29.01.2010

Kurz notiert ! kurz notiert ! kurz notiert !**Bareiß ist neuer Koordinator für Energiepolitik**

Thomas Bareiß ist der neue Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. In dieser Funktion wird er verantwortlich sein für die Koordinierung energierelevanter Fragen der Bundespolitik. Im Vordergrund steht dabei vor allem die Entwicklung einer Strategie, die den Weg zu einer nachhaltigen, wachstumsfördernden und zukunftsweisenden Energieversorgung verfolgt.

Termine (Auswahl)**Freitag, 29. Januar**

18:30 Uhr Kreisparteitag der CDU Sigmaringen mit Kreisvorstandswahlen mit dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, Mengen-Ennetach

Sonntag, 30. Januar

ab 10:00 Uhr Zunftmeisterempfang 50 Jahre Narrenvereinigung Hau-Giebel und großer Umzug, Meßstetten-Heinstetten

Montag, 01. Februar

10:00 Uhr Besuch bei der Firma ElringKlinger AG, Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Stefan Wolf, Dettingen/Erms

19:30 Uhr Kreisvorstandssitzung der CDU Zollernalb, Haigerloch

Dienstag, 02. Februar

10:00 Uhr Besuch bei der Firma Holcim, Dotternhausen

Mittwoch, 03. Februar

19:00 Uhr Besuch der Vorstandssitzung der CDU Winterlingen

Donnerstag, 04. Februar

09:30 Uhr Abgeordnetengesprch der IHK Bodensee-Oberschwaben, Weingarten

Freitag, 05. Februar

11:30 Uhr Gespräch mit dem aserbaidshischen Präsidenten Alijew am Rande der Sicherheitskonferenz in München

19:00 Uhr Bezirksvorstandssitzung der CDU Württemberg-Hohenzollern, Ulm

Sonntag, 07. Februar

ab 08:30 Uhr Schirmherrschaft des OHA-Treffen: Messe mit Narren, Zunftmeisterempfang und Narrensprung, Scheer

08. – 10. Februar

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag